

GEGEN DAS WEITER-SO

FÜR EINEN NEUEN AUFBRUCH

Diskussionspapier IG Metall Küste

Je länger der Corona-Virus die Gesellschaften und die Wirtschaft in der ganzen Welt bestimmt, umso schwieriger wird die wirtschaftliche Lage in unseren Betrieben und Unternehmen. Deutschland als wichtiger Teil der Weltwirtschaft ist abhängig von funktionierenden globalen Lieferketten und Märkten. Bis diese wiederhergestellt oder umgestellt sind, sind Betriebe und damit deren Arbeitsplätze stark gefährdet. Wir werden also in den nächsten Wochen und Monaten Auseinandersetzungen um die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten führen. Die Corona-Krise darf nicht zu einem massiven Jobabbau führen, der die Industrie als Grundpfeiler der Wirtschaft in Deutschland langfristig schädigt. Der Mensch muss bei allen Überlegungen und Maßnahmen im Mittelpunkt stehen. Die Lebensgrundlagen der Arbeitnehmer*innen zu sichern, muss der Kern aller Programme sein.

Diese Krise wirft grundsätzliche Fragen für unsere Gesellschaft und Wirtschaft auf. Wir brauchen einen neuen Aufbruch: zu einem handlungsfähigen Staat, einer zukunftsfähigen, klimafreundlichen Wirtschaft und einem solidarischen Europa. >>



Die Corona-Krise darf die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht

weiter verschärfen. Wir müssen Arbeitsplätze und Einkommen der Beschäftigten sichern.

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt. Dafür brauchen wir einen neuen Aufbruch. Gemeinsam

mit den Bevollmächtigten der IG Metall-Geschäftsstellen im Bezirk haben wir dieses Papier geschrieben, um die Diskussion intern wie extern hierzu voranzutreiben. Wir freuen uns auf die gemeinsamen Diskussionen. Lasst uns gemeinsam streiten für eine bessere Zukunft. Von alleine kommt sie nicht.“



Daniel Friedrich
Bezirksleiter IG Metall Küste

I) **HANDLUNGSFÄHIGER STAAT: POLITIK ALS GESELLSCHAFTLICHE GESTALTUNGSAUFGABE**

Nach der Weltfinanzkrise 2008/9 ist es wieder der Staat, der in einer außergewöhnlichen Krisensituation aktiv und massiv zur Stützung der Wirtschaft eingreifen muss. Der Anfang der 2000er Jahre weit verbreitete neoliberale Glaubenssatz, der Staat habe sich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten, hat endgültig ausgedient. Hunderte Milliarden Euro wurden für kleine und mittlere Unternehmen wie für Großkonzerne bereits lockergemacht bzw. bereitgestellt. Milliarden schwere Konjunkturpakete werden folgen. Die Schuldenbremse im Bundeshaushalt ist bis auf weiteres ausgesetzt. Am lautesten schreien die nach finanziellen Hilfsprogrammen, die in der Vergangenheit Steuersenkungen, De-Regulierungen und dem freien Markt das Wort geredet haben. Dies wird noch stärker zunehmen, wenn die erste wirtschaftliche Beruhigung einsetzt und verstärkt die Frage gestellt wird, wer denn „die Zeche zahlen“ soll. Für uns bedeutet dies:

- ▶ Ein handlungsfähiger Staat braucht eine solide Einnahmebasis. Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten. Wir müssen eine offensive Debatte darüber führen, wie eine gerechte Lastenverteilung bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens aussehen kann. Auch vor der Corona-Krise waren zum Beispiel Kommunen unterfinanziert, Schulen in einem katastrophalen Zustand, Straßen und Brücken marode sowie soziale und kulturelle Einrichtungen unzureichend ausgestattet; dies in einem der reichsten Länder der Welt. Zum Erhalt und Ausbau des Sozialstaates brauchen wir - oberhalb der Einkommen der Facharbeiter*innen - höhere Spitzensteuersätze, den Erhalt von Solidarbeiträgen und Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer für hohe Erbschaften.
- ▶ Zur Krisenbewältigung hat der Staat unvorstellbare finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Ein kurzfristiger finanzieller Ausgleich bedarf einer einmaligen Vermögensabgabe. Mit ihr übernehmen alle Vermögenden in Deutschland einen gerechten Anteil.
- ▶ In den nächsten Monaten werden noch mehr Menschen unverschuldet ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein rascher Anstieg von Beschäftigungsmöglichkeiten ist nicht absehbar. Nicht nur aus diesem Grunde ist die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I zu verlängern und die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II zu erhöhen.
- ▶ Es ist irritierend, wie den Beschäftigten des Gesundheitswesens jetzt applaudiert wird, nachdem jahrelang dem Gesundheitssystem durch Privatisierungen, Profitmaximierung und Sparprogramme geschadet wurde. Statt einem einmaligen Corona-Bonus bedürfen die Beschäftigten dauerhafte Entlastung, höhere Entgelte und attraktivere Arbeitsbedingungen. Zur Finanzierung muss die Zwei-Klassen-Gesellschaft der gesetzlichen und privaten Versicherungen abgeschafft und durch eine Bürgerversicherung ersetzt werden. Der uneingeschränkte öffentliche Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen ist nicht nur zur Bewältigung

solcher Pandemien unverzichtbar. Es ist auch unser Anspruch, dass ein gesundes Leben nicht von der persönlichen finanziellen Lage abhängig ist.

II) ZUKUNFTSFÄHIGE, KLIMAFREUNDLICHE WIRTSCHAFT

Während manche die Krisenbewältigung zum radikalen Umbau zur „grünen Wirtschaft“ nutzen wollen, fordern andere die totale Abkehr von den Klima-Zielen. Beides ist falsch und untergräbt schon kurzfristig unsere Zukunftsfähigkeit. Eine zukunftsfähige, klimafreundliche Wirtschaft hat gute und tariflich bezahlte Arbeitsplätze und umweltschonende, innovative Produkte und Herstellungsverfahren. Dieser Wandlungsprozess muss – auf Basis der jetzt zu sichernden Betriebe - gemeinsam gestaltet werden. Für uns bedeutet dies:

- ▶ Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in Einklang bringt. Es geht um klimaneutrale Produkte, Produktionsanlagen, Co2-freie Antriebe und -Produktion in allen Industriebranchen. Mit Innovationen sowie modernen und energieeffizienten Maschinen treiben wir den wirtschaftlichen Wandel voran.
- ▶ Tarifgebundene Betriebe und Unternehmen übernehmen im Rahmen der Tarifautonomie gesellschaftliche Verantwortung. Tariflose Arbeitgeber entziehen sich bewusst dieser Aufgabe und Verantwortung. Öffentliche Aufträge, Staatshilfen und Mittel aus Förderprogrammen müssen daher exklusiv an tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen vergeben werden.
- ▶ Wir brauchen eine aktive Industriepolitik, die zum Einen den klimafreundlichen Wandel der bestehenden Industrien gestaltet und zum Anderen klimafreundliche Industrien (Wind, Solar, ...) aktiv fördert. Schwerpunkt liegt dabei auf dem Erhalt und Ausbau der regionalen Wertschöpfung und Arbeitsplätze.
- ▶ Die Firmen und Betriebe der erneuerbaren Energien zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie sich Tarifbindung und Mitbestimmung entziehen und zum Teil sogar massiv bekämpfen. Dies führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen und zu einem undemokratischen Betriebsleben. Beides ist für eine Branche – die ohne staatliche Unterstützung nicht leben kann – nicht akzeptabel. Es bedarf eines mitbestimmungspolitischen Turnarounds mit verbindlichen (Flächen)Tarifverträgen sowie Aufsichts- und Betriebsräten für alle Branchen der erneuerbaren Energie.

III) GRUNDRECHTE SCHÜTZEN – VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN DIE GRUNDLAGE ENTZIEHEN

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden viele Grundrechte in Deutschland eingeschränkt. Um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren, wurden unter anderem Kontaktverbote außerhalb der engsten Familie ausgesprochen, Reisemöglichkeiten (auch innerdeutsche) beschnitten und auch die Versammlungsfreiheit versagt. Diese Einschränkungen haben den Einzelnen und die Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt und viele besorgt. Mit Blick auf den Schutz jedes Menschen in diesem Land vor einer Ansteckung und Erkrankung, sind es aber grundsätzlich nachvollziehbare Maßnahmen, die zeitlich begrenzt akzeptabel sind.

Wir müssen feststellen, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten gepaart mit Verschwörungstheoretikern die zum Teil berechtigten Sorgen von vielen Menschen ausnutzen. Sie hetzen gegen den Staat und einzelne Menschen. Sie bedienen sich antisemitischer Klischees und wittern Weltverschwörungen. Sie verdrehen Tatsachen und nutzen die Sorgen von Bürgerinnen und Bürger für ihre Zwecke aus.

Es ist wichtig, dass der Staat seine Einschränkungen, sobald es der Verlauf der Pandemie zulässt, lockert und zurücknimmt. Grundrechte dürfen nur in begründeten Ausnahmesituationen und auch nur in vertretbarem Maße eingeschränkt werden. Darüber hinaus müssen die während der Krise verfügbaren Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte wieder zurückgenommen werden.

Wir unterstützen Bemühungen für unseren Rechtsstaat. Wir wehren uns jedoch gegen Vereinnahmungen, Verschwörungstheorien und die Hetze gegen Minderheiten. In einer Krise mit solchen Ausmaßen ist die Stabilität einer Demokratie von höchster Bedeutung – alle für die Entwicklung der Gesellschaft wichtigen Institutionen sollten sich von dieser These leiten lassen. Wir tun dies ausdrücklich.

IV) EUROPA: MEHR ALS EIN GEMEINSAMER MARKT

Dass sich ein italienischer Ministerpräsident durch eine Fernsehansprache (und Leitartikel in deutschen Zeitungen) an die deutsche Öffentlichkeit wendet und daran erinnert, dass dieses Europa mehr ist als ein gemeinsamer Markt, hätte man vor zwanzig Jahren noch als eine schöne Geste abtun können. Dass im Jahr 2020 aber kaum jemand diese Intervention zur Kenntnis nimmt, wie auch die Tatsache, dass mit Italien ein EU-Gründungsmitglied (und noch dazu eines der wirtschaftsstärksten und bevölkerungsreichsten) am Rande des ökonomischen und sozialen Kollapses steht, sagt viel über den Zustand der deutschen Europa-Debatte aus.

Ein solidarisches Miteinander hört an den nationalen Grenzen nicht auf. Frieden und Wohlstand in Europa bedürfen auch der gegenseitigen Hilfe. Die Bewältigung der Finanzkrise hat Europa zurückgeworfen: Hilfsleistungen nur im Gegenzug für Sozialkürzungen zu geben, hat das falsche Bild des „faulen Sü-

dens“ manifestiert, der absolute Vorrang der (europäischen) Binnenmarktfreiheit vor sozialen (nationalen) Rechten stärkte die Nationalisten und die Handlungsunfähigkeit gegenüber Einschränkungen der Menschenrechte durch Regierungen der Mitgliedsländer erschütterte den Glauben an ein gerechtes Europa.

Als IG Metall können wir diesen Zustand nicht hinnehmen. Ein politisches Europa, das auf gemeinsamen Grundwerten fußt, muss sich an mindestens drei Stellen grundlegend neu aufstellen:

- ▶ Wir brauchen nicht nur einen gemeinsamen europäischen Markt und Wirtschaftsraum, sondern auch gemeinsame Sozialstandards (Gleiches Geld/Recht für gleiche Arbeit). Mit dem Sozialdumping innerhalb Europas muss endlich Schluss sein. Weniger wettbewerbsfähige Staaten mit schwachen Sozialstaatsmodellen brauchen Unterstützung und keine De-Regulierung.
- ▶ Die Ausgabe gemeinsamer europäischer Schuldverschreibungen (sog. Eurobonds) ist nicht nur ein ökonomisches Erfordernis, das den Bestand des gemeinsamen Währungsraumes dauerhaft sichert, sondern auch ein wichtiges politisches Signal: Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt! Umgekehrt könnte eine Fortführung der Kreditvergabe durch den ESM an Staaten in Krisensituationen (die an politische Bedingungen geknüpft ist) dazu führen, dass sich diese von der EU lossagen und den Ausweg über andere Kooperationspartner suchen. Das Ergebnis wäre weniger statt mehr Europa.
- ▶ Die EU muss eine menschliche Antwort auf die Flüchtlingskrise finden. Abschottung, Wasserwerfer und Tränengas an den Außengrenzen, überfüllte Auffanglager mit erbärmlichen Bedingungen oder geschlossene Häfen für überfüllte Flüchtlingsboote – alles ein Armutszeugnis für einen der reichsten Wirtschaftsräume der Welt. Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Armut oder Umweltzerstörungen - unter lebensgefährlichen Bedingungen – fliehen, brauchen Hilfe und Zuwendung. Ein Europa, was weiterhin die armen Länder ausbeutet und sich seinen Wohlstand auf ihre Kosten sichert, ist kein soziales Europa.

Nach Krisen entstand – trotz aller Missstände, die während der Krise in Erscheinung getreten sind – nie automatisch eine neue, bessere Gesellschaft. Die alten Beharrungskräfte sind stark. Daher gilt es sich einzumischen, die Stimme zu erheben und für Veränderungen und Verbesserungen einzutreten.

Wir werden uns in unseren Gremien und Betrieben sowie in unserer politischen Arbeit für diesen Aufbruch einsetzen. Dabei werden wir Diskussionsergebnisse zusammenfassen und regelmäßig in unsere Arbeit einfließen lassen. Ein erstes Zwischenfazit ist nach dem Sommer. Lasst uns gemeinsam eintreten:

Gegen ein Weiter-So – für eine solidarische Gesellschaft!

Hamburg, im Juni 2020

V) MEINE IDEEN/GEDANKEN:

GEGEN DAS WEITER-SO

FÜR EINEN NEUEN AUFBRUCH

Diskussionspapier IG Metall Küste